

# THEORETISCHE UND PRAKTISCHE GRUNDPROBLEME DES RECHTSMITTELSYSTEMS IN UNGARN\*

DR. JÁNOS NÉMETH

## I.

### Ziel und Hauptformen der Überprüfung fehlerhafter Gerichtsentscheidungen

Die *Realisierung* von *Gesetzlichkeit* und *Gerechtigkeit* gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Gerichtes im sozialistischen Zivilverfahren. Aufgrund dieser Aufgaben ist es einerseits Pflicht des Gerichtes, die materiell- und verfahrensrechtlichen Bestimmungen, die sich auf die unter Beurteilung gezogene Zivilangelegenheit beziehen, streng einzuhalten, andererseits den der objektiven Wahrheit entsprechenden Tatbestand aufzudecken und eine im Einklang mit den Rechtsregeln stehende Entscheidung zu treffen und somit den Parteien zukommenden Rechtsschutz zu gewährleisten.

Die vom Gericht getroffene Entscheidung entspricht jedoch – aus unterschiedlichen Gründen – nicht immer den sich aus der Realisierung von Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit ergebenden Forderungen und verletzt dadurch auch *individuelle und gemeinschaftliche Interessen*.

Es ist offensichtlich, dass die Möglichkeit des Treffens solcherart fehlerhafter Gerichtsentscheidungen von jedem Rechtssystem die Ausgestaltung solcher Rechtsinstitutionen verlangt, unter Anwendung derer es zur Anfechtung und Änderung der Gerichtsentscheidung kommen kann. Diese Rechtsinstitutionen sind – in erster Linie, aber nicht ausschliesslich – die Rechtsmittel, deren Wichtigkeit durch das von ihnen zu erreichende Ziel bestimmt wird: *die Gewährleistung des effektiven Rechtsschutzes*.

Die *unterschiedlichen Formen* der Überprüfung fehlerhafter Gerichtsentscheidungen sind auch in den Zivilverfahrensrechten der sozialistischen Länder bekannt und werden von vielen Gesichtspunkten aus *ähnlich* geregelt.<sup>1</sup> Das Thema meines Vortrages behandle ich natürlich auch im weiteren unter Zugrundelegung der Regeln des geltenden ungarischen Zivilverfahrensrechtes, wobei ich jedoch auf die wesentlichen Abweichungen der Zivilverfahrensrechte anderer sozialistischer Länder verweise.

Vor Darlegung der geltenden Regelung muss ich aber – im Interesse des besseren Verständnisses – folgende Vorbemerkung anbringen:

\* Text des vom Verfasser am 14. Juni 1985 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität (Frankfurt a.M.) gehaltenen Vortrages



In Ungarn war von 1915 bis 1953 das Gesetz I des Jahres 1911, die sogenannte *alte Zivilprozessordnung* in Kraft. Dieses nach fast drei Jahrzehnte lang dauernder Vorbereitungsarbeit angenommene, die Wirkung der *deutschen Rechtsdogmatik* spiegelnde Gesetz<sup>2</sup> war eine überall in Europa anerkannte Rechtsschöpfung von hohem Niveau der Kodifikationstechnik. Während der Gültigkeit der alten ZPO – zumindest bis 1951 – beruhte das System der ordentlichen Gerichte, die für Zivil- und Arbeitsrechtsachen zuständig waren, auf den *vier Organisationsstufen* der *Kreisgerichte*, der *Gerichtshöfe*, der *Richttafeln* und der *Kurie*. Die Kreisgerichte waren erstinstanzliche Gerichte, die Richttafeln und die Kurie waren als Rechtsmittelinstanzen tätig, während die Gerichtshöfe sowohl in erster als auch in zweiter Instanz verhandelten. Die erstinstanzliche sachliche Zuständigkeit war zwischen den Kreisgerichten und den Gerichtshöfen kasuistisch aufgeteilt. Der Instanzenzug war grundsätzlich dreistufig ausgestaltet. Erstinstanzliche Urteile konnten mit der Berufung, Berufungsurteile mit der Revision und Beschlüsse mit der Beschwerde angefochten werden, und zwar beim jeweils nächsthöheren Gericht.<sup>3</sup>

In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg aber kam es in unserem Land zu bedeutenden Veränderungen, sowohl innerhalb der Gerichtsorganisation als auch des Rechtsmittelverfahrens.<sup>4</sup> Der Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit wurde vereinfacht, indem der *überkommene vierstufige* durch einen *dreistufigen Aufbau* ersetzt wurde. Die allgemeinen Gerichte sind dreistufig gegliedert:

a) Die *örtlichen Gerichte* sind die Gerichte der unteren Stufe. Sie sind *grundsätzlich* in allen Zivil-, Familien- und Verwaltungsrechtssachen in erster Instanz *zuständig*, sofern nicht ausdrücklich die sachliche Zuständigkeit eines höheren Gerichts begründet ist.

b) Auf der mittleren Stufe sind das *Hauptstädtische Gericht* und die *Komitatsgerichte* tätig. In erster Instanz sind sie nur *ausnahmsweise* zuständig. Von grösserem praktischem Gewicht ist die *zweinstanzliche* Rechtsprechungstätigkeit der Komitatsgerichte bzw. des Hauptstädtischen Gerichtes, die für *ordentliche Rechtsmittel* gegen Entscheidungen der örtlichen Gerichte zuständig sind.

c) Höchstes Organ der Rechtsprechung ist das Oberste Gericht. Als *erstinstanzliches Gericht* entscheidet es in jeder beliebigen Rechtssache, die der Präsident des Obersten Gerichts in Ausübung seines Evokationsrechtes vor das Oberste Gericht gebracht hat; als *Rechtsmittelinstanz* wird es tätig bei ordentlichen Rechtsmitteln gegen erstinstanzliche Entscheidungen der Komitatsgerichte und des Hauptstädtischen Gerichtes.

Paralell zur Einführung des dreistufigen Gerichtssystems wurde auch der *Instanzenzug verkürzt*, indem die Rechtsmittel der Revision und der Beschwerde abgeschafft wurden. Von da an kommt in den Zivilprozessen als *Ergebnis der Berufung* der einstufige Rechtszug zur Geltung. Gleichzeitig wurde *nach sowjetischem Muster* die Möglichkeit, rechtskräftige Gerichtsentscheidungen im Interesse der Gesetzlichkeit vom Amts wegen beim Obersten Gericht anzufechten, sukzessive eingeführt.<sup>5</sup>



Nach Umgestaltung der Gerichtsorganisation und Modifizierung der einzelnen wesentlichen Verfahrensregeln nahm das Parlament das bisher bereits *dreizehnmal* modifizierte Gesetz III des Jahres 1952 über die Zivilprozessordnung an. Dieses Gesetz bewahrte zum Glück — infolge eines Zufalls — die Wirkung der deutschen Rechtsdogmatik. Es ging nämlich darum, dass in der Epoche nach der Annahme des Gesetzes XX des Jahres 1949 über die Verfassung der Ungarischen Volksrepublik den Mitarbeitern der Gesetzesausarbeitung eine ausserordentlich grosse Last auferlegt wurde, denn *innerhalb kurzer Zeit und fast ausnahmslos mussten auf dem Gebiet jedes Rechtszweiges solche neue Rechtsregelentwürfe verfertigt werden*, die den von der volksdemokratischen Gesellschaftsordnung verlangten inhaltlichen und formellen Forderungen entsprachen. Unter solchen Umständen ist völlig verständlich, dass die Mitarbeiter der Gesetzesausarbeitung im Laufe der Kodifikation der neuen ungarischen Zivilprozessordnung eine solche relativ einfache und schnelle Lösung suchten und fanden, mit deren Hilfe die auch gegenwärtig in Kraft befindliche ZPO schon am 6. Juni 1952 verkündet werden konnte. Diese Lösung bestand darin, dass die *alte*, aus 792 § bestehende *Zivilprozessordnung* (das Gesetz I des Jahres 1911) zu einem 327 § enthaltenden Entwurf *exzerpiert wurde*, wobei mehrere, unter volksdemokratischen Verhältnissen nicht anwendbare oder überflüssige Rechtsinstitutionen und ziemlich viele Detailregeln formellen Charakters ausgelassen wurden, *gleichzeitig jedoch die grundlegenden Prinzipien des sozialistischen Zivilprozessrechtes organisch in das System eingebaut wurden*.<sup>6</sup>

Den Bestimmungen dieser geltenden ZPO zufolge kann die *Überprüfung fehlerhafter Gerichtsentscheidungen* in Ungarn *im Rahmen unterschiedlicher Verfahren* erfolgen. Eine solche Überprüfung — abgesehen jetzt von einzelnen solchen Rechtsinstitutionen zur Abhilfe kleinerer Fehler und Mängel der Entscheidungen, wie zum Beispiel den Verfahren zur Berichtigung und zur Ergänzung der Entscheidung — tritt im allgemeinen Rahmen des *Berufungs-*, des *Wiederaufnahme-*, sowie des *Verfahrens im Zusammenhang mit dem Gesetzlichkeitsprotest* ein. Im folgenden gehe ich detailliert auf diese drei Verfahren ein, und versuche zugleich auch diejenigen hierzu gehörigen Vorschläge darzulegen, die bei uns im Laufe der nun schon *seit drei Jahren im Gang befindlichen Kodifikationsarbeit zur Schaffung einer neuen Zivilprozessordnung* aufgetaucht sind.



## II.

## Das Berufungsverfahren

Das Berufungsverfahren beginnt mit der schriftlichen Einlegung der Berufung vor dem Gericht erster Instanz oder ihrer zur Protokollgebung. Die Berufung gegen die nicht rechtskräftige Entscheidung (Urteil oder Beschluss) des Gerichtes erster Instanz kann die Partei, der Intervenient, weiterhin der Staatsanwalt – auch dann, wenn er am Verfahren noch nicht beteiligt war – und schliesslich derjenige, hinsichtlich dessen die Entscheidung eine Bestimmung enthält (gegen den sich auf ihn beziehenden Teil der Bestimmung) einlegen. Die *Berufungsfrist* beträgt – gerechnet von der Mitteilung der Entscheidung – *fünfzehn Tage, in Wechselprozessen* (deren praktische Bedeutung in Ungarn seit 1984 in grossem Masse zugenommen hat<sup>7</sup>) *drei Tage*.<sup>8</sup>

Aus oben Gesagtem ergibt sich eindeutig, dass DIE ungarische Regelung – in Übereinstimmung mit der tschechoslowakischen,<sup>9</sup> der jugoslawischen<sup>10</sup> der kubanischen,<sup>11</sup> der mongolischen,<sup>12</sup> der in der RSFSR<sup>13</sup> und der rumanischen<sup>14</sup> in dieser Hinsicht – sowohl gegen das in der Hauptsache entscheidende Urteil als auch gegen den nicht in der Hauptfrage getroffenen Beschluss innerhalb gleicher Frist<sup>15</sup> jedem der Berechtigten<sup>16</sup> die Inanspruchnahme des gleichen Anfechtungsmittels gewährt. Davon formell abweichende, doch das Wesen nicht betreffende andere Lösungen in dieser Frage sind auch in einigen anderen sozialistischen Staaten bekannt, so im Zivilverfahrensrecht der Albanischen, der Bulgarischen, der Chinesischen und der Polnischen Volksrepublik sowie der Deutschen Demokratischen Republik.<sup>17</sup>

Der ungarischen ZPO zufolge muss in der Berufung als verbindliches Inhaltserfordernis

- die Entscheidung bezeichnet werden, gegen die die Berufung gerichtet ist,
- vorgetragen werden, inwiefern und aus welchem Grund der Berufungskläger die Änderung der Entscheidung verlangt.

Die Berufung verfügt jedoch neben den obigen notwendigen (verbindlichen) Inhaltserfordernissen auch über eventuelle (nicht verbindliche) Inhaltserfordernisse, zu denen der Gesetzgeber lediglich die Möglichkeit bietet. So kann in der Berufung unter anderem:

- auch eine neue Tatsache behauptet werden, sich weiterhin
  - auch auf neue Beweise berufen werden und
  - auch eine Beweiserhebung verlangt werden,
- wovon das Gericht erster Instanz abgesehen hat<sup>18</sup>.

Das Gericht erster Instanz leitet die Berufung – vorausgesetzt, dass sie nicht zur Ergänzung zurückgegeben werden muss oder ohne gleich welche Erwägung, ausschliesslich aufgrund der sich aus den Schriften ergebenden Angaben, z. B. weil sie verspätet eingereicht wurde, abgewiesen werden



muss — zusammen mit sämtlichen Schriften des Prozesses dem Gericht zweiter Instanz zu, wenn die Berufungsfrist sämtlichen Berechtigten gegenüber abgelaufen ist bzw. die Berufung von sämtlichen Berechtigten eingelegt wurde.

Das Gericht zweiter Instanz kann in Sache der Berufung auf zweierlei Art entscheiden: *ausserhalb einer Verhandlung oder in einer Verhandlung.*

*Ausserhalb einer Verhandlung*, in einer geschlossenen Sitzung des Senats wird die Berufung vom Gericht zweiter Instanz dann entschieden, wenn

a) die Entscheidung des Gerichtes erster Instanz wegen *Einstellung des Prozesses* bzw. wegen *Verletzung wesentlicher Regeln* des Verfahrens erster Instanz aufgehoben werden muss;

b) sich die Berufung nur auf die *Tragung der Prozesskosten* oder deren Summe bezieht, weiterhin auf die nicht entrichtete *Gebühr*, sowie die Zahlung der vom Staat *vorgeschossenen* und nicht vergüteten *Kosten*;

c) die Berufung sich nur auf die *vorläufige Vollstreckbarkeit*, die *Erfüllungsfrist*, die *Ratenzahlung* oder die *Zinszahlung* bzw. deren *Mass* bezieht;

d) die *tatbestandsmässige und rechtliche Beurteilung der Sache* einfach ist, ausgenommen, wenn Beweisaufnahme zulässig ist;

e) die Berufung in Verbindung mit einem Prozess auf *Unterhalt*, der auf Gesetz beruht, oder auf *Geburtskosten* eingelegt wurde, und lediglich die Summe des Unterhaltsbeitrages (der Geburtskosten) strittig ist.

Die Erledigung der Berufung ausserhalb einer Verhandlung — die übrigens auch in tschechoslowakischen, jugoslawischen, chinesischen und polnischen Zivilverfahrensrecht bekannt ist<sup>19</sup> — ist in Ungarn im Interesse der *Vereinfachung und Beschleunigung* des Verfahrens seit dem 1. Januar 1973 anwendbar. Diese in der Praxis bewährte,<sup>20</sup> doch die Grundprinzipien der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit und Öffentlichkeit verletzende Rechtsinstitution wird aber in der letzten Zeit in der ungarischen Rechtsliteratur von mehreren Autoren — darunter auch von mir — stark angegriffen,<sup>21</sup> da sie im Gegensatz zu einer internationalen Verpflichtung des Landes steht. Die Ungarische Volksrepublik hat sich nämlich dem auf der XXI. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 16. Dezember 1966 angenommenen Internationalen Abkommen über die Zivilen und Politischen Rechte angeschlossen und dies in der Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 8 des Jahres 1976 verkündet. Dem Punkt 1 von Absatz 14 des Abkommens zufolge aber „hat jeder das Recht, dass . . . über seine Rechte und Pflichten in irgendeinem Prozess durch ein vom Gesetz aufgestelltes unabhängiges und unparteiisches Gericht in einer gerechten und öffentlichen Verhandlung geurteilt wird“. Die zitierte Bestimmung des Abkommens verlangt also — meiner Meinung nach — in unserem Land das Verbot der Erledigung der Berufung ausserhalb einer Verhandlung in jedem solchen Fall, in dem sich unter den Prozessparteien auch eine natürliche Person befindet.

Als Lösung würde sich jedoch in diesem unzweifelhaften Dilemma die entsprechende Modifizierung der Regeln der ungarischen ZPO bieten, wozu



sich jetzt, im Laufe der Kodifikation der neuen ZPO auch die Gelegenheit bieten wird. Ich denke nämlich daran, dass *die Beurteilung der Berufung ausserhalb einer Verhandlung* in dem Fall nicht im Gegensatz zum Ziel und Text der zitierten Vorschrift des Abkommens steht, wenn ihr die im Prozess als Partei vorgehenden *natürlichen Personen zustimmen*. Deshalb sollte das Gericht erster Instanz in seiner Entscheidung die Parteien – wenn es unter ihnen *natürliche Personen gibt* – belehren, dass wenn *weder* die Berufung einlegende Partei, *noch* die gegnerische Partei binnen der Berufungsfrist *die Beurteilung der Berufung in einer Verhandlung beantragen*, das als *stillschweigende Zustimmung* zur Beurteilung der Berufung ausserhalb einer Verhandlung zählt.<sup>22</sup> So würde dem, dass die den Prozess beschleunigende und vereinfachende Institution der Beurteilung der Berufung ausserhalb einer Verhandlung – die vielleicht auch von einem Einzelrichter durchgeführt werden könnte<sup>23</sup> – auch in Prozessen von natürlichen Personen eine Anwendung finden, im gegebenen Fall auf Grund des Prinzips „*qui tacet, consentit*“, nichts im Wege stehen.

In der *Hauptsache* wird die Berufung von den ungarischen Gerichten zweiter Instanz in etwa 10–15 Prozent der Fälle ausserhalb einer Verhandlung beurteilt. Die Prozentrage ist bei den Wirtschaftsprozessen – in denen die Gerichte über Rechtsstreite zwischen Wirtschaftsorganen entscheiden – höher. In Kenntnis dieser Daten ist es offensichtlich, dass *die Hauptform der meritorischen Beurteilung der Berufung die Beurteilung in einer Verhandlung ist*. Eine Verhandlung wird gehalten, wenn die vorher genannten gesetzlichen Voraussetzungen der Beurteilung der Berufung ausserhalb einer Verhandlung nicht erfüllt sind. Es ist aber zu bemerken, dass auch in diesem Fall der Vorsitzende des Senats des Gerichts zweiter Instanz das Recht hat, eine Berufungsverhandlung anzuberaumen, wenn er die Sache aus irgendwelchem Grund nicht ausserhalb einer Verhandlung beurteilbar hält.

Bei der meritorischen Beurteilung der *Berufung* – und in diesem Kreise natürlich vor allem bei der *Beurteilung in einer Verhandlung* – ist die Befugnis des Gerichts zweiter Instanz eine zentrale Frage. Der geltenden ungarischen Regelung gemäss sind es der *Berufungsantrag* und der *Berufungsgegenantrag*, die die *Rahmen der Berufungsverhandlung* meistens bestimmen. Diese Anträge können bis zur Schliessung der Berufungsverhandlung sogar mehrmals geändert werden, doch unter den folgenden beschränkenden Bedingungen:

- a) im Berufungsverfahren *kann die Klage nicht geändert* werden, und
- b) der *Berufungsantrag*, beziehungsweise der *Berufungsgegenantrag* kann auf den mit Berufung (Gegenantrag) nicht berührten Teil des erstinstanzlichen Urteils – da dieser schon eine „Teilrechtskraft“ erlangt hat – nicht ausgedehnt werden. Das Gericht zweiter Instanz verfügt im Rahmen der Berufungsverhandlung über eine ziemlich umfangreiche Befugnis und kann nicht nur die *Gesetzlichkeit* der angefochtenen erstinstanzlichen Entscheidung prüfen, sondern kann – wenn es das für erforderlich hält – in der Verhandlung auch eine *Beweisaufnahme anordnen und durchführen*, um den richtigen Tatbestand feststellen zu können.<sup>24</sup>



In Ungarn funktioniert im zweiten Rechtszug schon seit fast dreissig Jahren das sogenannte „gemischte“ Rechtsmittelsystem. Dieses als Ergebnis der in den fünfziger Jahren geführten heftigen Diskussion ausgestaltete System versucht die vorteilhaften, die Verwirklichung des Ziels des Prozesses fördernden Lösungen der reformatorischen, kassatorischen und Revisionsrechtsmittelsysteme miteinander zu kombinieren.<sup>25</sup> Von den verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten hat der Gesetzgeber bei uns eine solche angenommen, die bezüglich der Beurteilung der Berufung dem Gericht zweiter Instanz *sowohl die Aufhebung der Entscheidung des Gerichts erster Instanz als auch das Entscheiden in der Hauptsache* ermöglicht.

Das Gericht zweiter Instanz kann die Entscheidung des Gerichts erster Instanz mit einem *Beschluss* entweder *mit Einstellung des Prozesses* – wenn deren im Gesetz bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden – oder *ohne Einstellung des Prozesses* aufheben.

Die Aufhebung der Entscheidung des Gerichts erster Instanz geschieht *ohne Einstellung des Prozesses wegen Verletzung der Verfahrensvorschriften* solcher Art, die nicht zur vollkommenen Einstellung des Prozesses führen, sondern nur die Wiederholung des erstinstanzlichen Verfahrens verursachen. Abhängig von den verschiedenen Verletzungen der Verfahrensvorschriften ist das Gericht zweiter Instanz entweder *verpflichtet*, die Entscheidung des Gerichts erster Instanz aufzuheben oder *kann* das *nach seinem Ermessen* folgendermassen tun:

a) Das Gericht zweiter Instanz ist *verpflichtet*, die Entscheidung des Gerichts erster Instanz – *ohne Einschränkung durch den Berufungs- (Anschlussberufungs-) antrag bzw. den Berufungsgegenantrag* – mit einem Beschluss aufzuheben und die Sache zur *erneuten Verhandlung und Entscheidung* an das Gericht erster Instanz zurückzuverweisen, wenn

- das Gericht erster Instanz *nicht vorschriftsmässig besetzt war* oder
- bei der Entscheidung ein *Richter* mitwirkte, dem gegenüber laut Gesetz ein *Ausschlussgrund* bestand.

b) Die *Aufhebung der Entscheidung* des Gerichts erster Instanz ist *nicht verbindlich*, sondern hängt vom Ermessen des Gerichts zweiter Instanz ab, wenn die Wiederholung bzw. Ergänzung der Verhandlung *wegen Verletzung grundlegender Vorschriften* des Gerichts erster Instanz nötig ist. In diesem Falle kann das Gericht zweiter Instanz die Entscheidung des Gerichts erster Instanz – *ohne Einschränkung durch den Berufungs- (Anschlussberufungs-) antrag, bzw. den Berufungsgegenantrag* – mit einem Beschluss aufheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Gericht erster Instanz zurückverweisen.

c) Ebenfalls *nicht verbindlich* ist die *Aufhebung der Entscheidung* des Gerichts erster Instanz, wenn eine *umfangreiche oder volle Wiederholung bzw. Ergänzung des Beweisverfahrens* nötig ist, ohne aber, dass die in den obigen Punkten a)–b) detaillierten Aufhebungsgründe bestehen würden. In diesem Falle kann das Gericht zweiter Instanz die Entscheidung des Gerichts erster Instanz – *jedesmal in Rahmen des Berufungs- (Anschlussberufungs-) antrags und des Berufungsgegenantrags* – nach seinem Ermessen



aufheben und die Sache in diesem Rahmen zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Gericht erster Instanz zurückverweisen.

Das Gericht zweiter Instanz *entscheidet in der Hauptsache* bei der Beurteilung der Berufung in all den Fällen, in denen es die Entscheidung des Gerichts erster Instanz aufgrund eines der erwähnten Gründe nicht aufgehoben hat. Wenn die Entscheidung des Gerichts erster Instanz *meritorisch richtig* ist, wird sie vom Gericht zweiter Instanz *bestätigt*, im entgegengesetzten Fall wird die Entscheidung des Gerichts erster Instanz ganz oder zum Teil *geändert*.

Der Gesetzgeber hat die wichtigsten Elemente der Befugnis des Gerichts zweiter Instanz in Ungarn wie oben erwähnt bestimmt, um die schnelle, wirtschaftliche Beurteilung der Zivilprozesse zu gewährleisten. Das so ausgestaltete *gemischte Rechtsmittelsystem* weicht wesentlich von dem in albanischen, mongolischen, rumänischen Zivilverfahren und in der RSFSR geltenden kassatorisch-revisionistischen Rechtsmittelsystem ab,<sup>26</sup> gleichzeitig zeigt es aber viele Ähnlichkeit mit den Systemen, die vom bulgarischen, tschechoslowakischen, jugoslawischen und polnischen ZVG, sowie von der chinesischen ZPO und der ZPO der DDR geregelt werden.<sup>27</sup> Meiner Meinung nach sind aber solche *Abweichungen* auch bei der Regelung der selten Rechtsinstitutionen der einzelnen sozialistischen Staaten *völlig selbstverständlich*, denn diese verschiedenen Lösungen ergeben sich oft aus den historischen Traditionen, der geographischen Grösse usw. des gegebenen Landes.

Während der jetzigen Kodifizierung der neuen Zivilprozessordnung haben die Theoretiker und Praktiker des Zivilverfahrensrechts in der ungarischen Rechtsliteratur ziemlich viele *Vorschläge bezüglich der zukünftigen Regelung der Berufung* gemacht. So ist unter anderem – *im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens* bzw. der *Verringerung der Arbeitslast* der Gerichte – vorgeschlagen worden, die Berufung an eine Wertgrenze zu binden, die Berufsfrist zu verkürzen und die *Möglichkeit, die Berufung ausserhalb einer Verhandlung zu beurteilen*, zu erweitern. Die Nötigkeit der baldigen Abschaffung der jetzigen *Einschränkung des Berufungsrechts in Arbeitsstreitigkeiten*, wurde ebenfalls betont um damit das den Bürgern gleich zustehende zweistufige Gerichtsverfahren auch auf diesem Gebiet zu gewähren.

Neben den oben erwähnten, sich nur auf einzelne bzw. Teilfragen der Berufung beziehenden Vorschlägen, deren Richtigkeit zuweilen bestreitbar ist, ist auch ein solcher bekannt, der sich auf die ganze Institution der Berufung, auf das Rechtsmittelsystem auswirkt. Das Wesentliche dieses Vorschlages ist, dass er – *mit bestimmter Einschränkung* und *relativ hoher Gebühr* – den Berechtigten die *Anfechtung der Entscheidung des Gerichts zweiter Instanz durch Revision* und die *Beurteilung dieser durch ein Gericht dritter Instanz* ermöglichen würde. Dieser Meinung nach könnte der Revisionsantrag – mit dessen Hilfe „die ‚Zunahme‘ der Anträge auf Gesetzlichkeitsprotest eingehalten oder rationell und nötig eingeschränkt“<sup>28</sup> werden soll – *ausser der Entscheidung des Gerichts zweiter Instanz* auch – aufgrund der übereinstimmenden Anträge der Parteien unter Verzicht auf



das Berufungsverfahren — *gegen die Entscheidungen des Gerichts erster Instanz* zugelassen werden (Sprungrevision).

Die Revision war bis 1951 in ungarischen Zivilverfahrensrecht — *gemäss im grossen und ganzen ähnlichen Regeln wie im Vorschlag* — *als ordentliches Rechtsmittel eine bekannte Rechtsinstitution*. Sie wurde aufgehoben, als der viergliedrige Gerichtsaufbau in einen dreigliedrigen umgestaltet wurde. Ihr Fehlen wird in der letzten Zeit auch von anderen Autoren kritisiert und ihre Aufnahme in die ZPO — unter Unterstützung des obigen Vorschlages und durch verschiedene *Argumente* ergänzt — für nötig gehalten.<sup>29</sup>

Mehrere bezeichnen dagegen den Vorschlag *über die neuerliche Einführung der Revision* — in Anbetracht des Erfordernisses der Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens — als unbegründet bzw. unnötig.<sup>30</sup> Um ihren abweisenden Standpunkt zu begründen, weisen diese Autoren einerseits darauf hin, dass die Anzahl der Anträge auf Gesetzlichkeitsprotest nicht einmal fünf Prozent der Streitigkeiten beträgt (was aber nicht wenig ist!), andererseits darauf, dass die Realisierung des Vorschlages ausser aus theoretischen auch aus finanziellen und arbeitsorganisatorischen Gründen unlösbar scheint.

In der Diskussion können natürlich Argumente verschiedener Art und Gewichtes pro und kontra gleichermassen vorgebracht werden. Laut statistischen Daten ist es eine unbestrittene Tatsache, dass demgegenüber, dass jährlich 85 Prozent der Zivilprozesse rechtskräftig beendet werden und nur in 15 Prozent die Berechtigten eine Berufung einlegen,<sup>31</sup> die Parteien in fast zehntausend Fällen die Anfechtung der rechtskräftigen Gerichtsentscheidung mit Gesetzlichkeitsprotest erreichen wollen. Es ist auch unbestreitbar, dass unter den sozialistischen Zivilverfahrensrechten nur das jugoslawische die Institution der Revision und die dazugehörige drittinstanzliche Gerichtsbeurteilung kennt.<sup>32</sup> Abgesehen davon könnte man aber ohne weiteres bei uns die gegenwärtige Lage ändern und anstatt der Beurteilung der Rechtsstreite in zwei Instanzen die in drei Instanzen vorschreiben. Die Frage ist nur, *ob sich damit auf dem Gebiet der Gewährung des Rechtsschutzes der Betroffenen etwas wesentlich verändern würde?* Ich glaube, es würde sich nicht vieles ändern.

*Das Einschalten eines neuen Rechtsmittels* in den Gang des Verfahrens würde die *schnellere Beendigung der Prozesse* und dadurch die wirksame Gewährung des Rechtsschutzes *verhindern*, und würde gleichzeitig — abgesehen jetzt von den sich aus den nötigen organisatorischen Änderungen ergebenden persönlichen, finanziellen usw. Folgen — die Arbeitslast der Gerichte erhöhen. Es ist gar kein Zufall, dass zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Österreich in Interesse der Verringerung der Arbeitslast der Gerichte und der Beschleunigung des Verfahrens immer häufiger der Anspruch nach Einschränkung bzw. völliger Aufhebung mancher Rechtsmittel — so konkret der eine drittinstanzliche Beurteilung gewährenden Revision — auftaucht.<sup>33</sup> Deshalb müsste *anstelle* der Einführung der Institution der *Überprüfung* — was übrigens der Gesetzgeber in seinen Kodifikationsvorstellungen nicht plant — meiner Meinung nach viel mehr



Aufmerksamkeit darauf verwendet werden, dass unsere an den Gerichten erster und zweiter Instanz tätigen *Richter ihre verantwortungsvolle Arbeit auf einem hohen fachlichen und politischen Niveau ausüben können*. Dazu wäre es natürlich — über die ihnen zustehende materielle und moralische Anerkennung hinaus — erforderlich, für einen entsprechenden *Personalstand, Hilfskräfte* in der Geschäftsordnung, Zeit und Möglichkeiten zur ständigen *fachlichen Weiterbildung* usw. zu sorgen. Dann könnte mit Recht erwartet werden, dass das *Niveau der Urteilssprechung* im Verfahren erster und zweiter Instanz gleichermassen *bedeutend gehoben wird* und dadurch die Zahl der berechtigten Anträge auf Einlegung des Gerechtigkeitsprotestes sinkt. *Der Anspruch* auf dritte Beurteilung der Rechtsstreite ist nämlich nur dann wirklich hoch, wenn die erste und zweite *Beurteilung nicht völlig zureichend* war.

### III.

#### Das Wiederaufnahmeverfahren

Die ungarische ZPO regelt die *Wiederaufnahme* des Verfahrens „nicht als Anfechtungsantrag gegen das Urteil, sondern als Rechtsmittel“. Der Grund dafür ist, dass die Wiederaufnahme des Verfahrens in Grunde genommen genauso die Abhilfe des der Partei angetanen Unrechts erzielt, wie die anderen Rechtsmittel. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass hier um ein schon Rechtskraft erlangenes Urteil geht, weil sich dieser Umstand lediglich auf die Regelung mancher Teilfragen auswirkt, nicht aber auf das Wesentliche der Rechtsinstitution selbst.<sup>34</sup> *Die Wiederaufnahme des Verfahrens ist bei uns* also — in Hinsicht darauf, dass sie *gegen Rechtskraft erlangene Urteile* in Anspruch genommen werden kann — ein *außerordentliches Rechtsmittel*, das zugelassen ist, wenn

a) sich die Partei *auf eine Tatsache oder einen Beweis* bzw. eine *rechtskräftige Entscheidung eines Gerichtes oder einer anderen Behörde* beruft, die *im Prozess vom Gericht nicht beurteilt wurde*, vorausgesetzt, dass sie — im Falle ihrer Beurteilung — eine für die Partei günstigere Entscheidung zur Folge hätte haben können;

b) die Partei wegen einer *Straftat des Richters*, der in der Urteilsfällung mitgewirkt hat, des *Gegners oder eines anderen gegen das Gesetz sachfällig* wurde;

c) dem in Prozess erbrachten Urteil vorangehend bezüglich desselben Rechtes *schon früher ein rechtskräftiges Urteil gefällt worden war*.

Aus diesen taxativ aufgezählten Wiederaufnahmegründen ist es offensichtlich, dass die *Wiederaufnahme des Verfahrens* — nach unserer geltenden Regelung — meist nur an Hand von *Gründen faktischer Natur* in Anspruch genommen werden kann, aber gewöhnlich nicht wegen *materiellrechtlichen Irrtümern oder Verletzung von Vorschriften des Verfahrens*. Aus mehreren Gründen wäre eine Änderung der jetzigen Regelung begründet, so dass die



Anfechtung des rechtskräftigen Urteils mit Wiederaufnahmeantrag mindestens wegen bestimmten, *besonders wesentlichen Verletzungen der Vorschriften des Verfahrens*<sup>35</sup> zugelassen werden sollte, so wie das die Zivilverfahrensrechte der meisten sozialistischen Staaten<sup>36</sup> bei den Rechtsinstitutionen, die mit unserer Wiederaufnahme des Verfahrens ihrem Inhalt nach identisch sind, sich aber ihrer Benennung nach davon in der Regel unterscheiden, ermöglichen. Solche Vorschläge wurden in der ungarischen Rechtsliteratur schon mehrmals vorgebracht,<sup>37</sup> und sie werden vom Gesetzgeber in der Kodifizierungsarbeit hoffentlich berücksichtigt.

*Die Berechtigten auf Stellung des Wiederaufnahmeantrages* — so die Parteien und der Staatsanwalt — haben ihre Wiederaufnahmeanträge beim Gericht erster Instanz, das im Prozess vorging, in schriftlicher Form einzureichen, beziehungsweise kann die Partei den Antrag auch zu Protokoll geben. Die Frist für die Einlegung des Wiederaufnahmeantrages beträgt sechs Monate, sie ist vom Eintritt der Rechtskraft des angefochtenen Urteils, wenn die Partei aber den Wiederaufnahmegrund erst später erfahren hat oder erst später in die Lage gelangte, den Wiederaufnahmeantrag einzulegen, von diesem Zeitpunkt an zu zählen. Diese sogenannte *subjektive Wiederaufnahmefrist* gewährt den Berechtigten eine ziemlich lange — unter den sozialistischen Staaten die längste<sup>38</sup> — Zeit zum Überlegen, ob sie dieses ausserordentliche Rechtsmittel einlegen wollen oder nicht. Mit Hinsicht darauf aber, dass die subjektive Wiederaufnahmefrist auch nach dem Eintritt der Rechtskraft des Urteils beginnen kann, ist es nötig, im Interesse der Rechtssicherheit der Stellung des Wiederaufnahmeantrags eine Notfrist zu setzen. Diese sogenannte *objektive Wiederaufnahmefrist* beträgt fünf Jahre<sup>39</sup> beziehungsweise in den Prozessen zwischen Wirtschaftsorganen ein Jahr vom Eintritt der Rechtskraft des Urteils an.

Die vorher angeführte Regel, die die Einreichung des Wiederaufnahmeantrags beim Gericht erster Instanz, das im Prozess vorging, vorschreibt, bedeutet zugleich auch die Bestimmung des zur Beurteilung des Wiederaufnahmeantrags berechtigten Gerichts. Zur Erledigung und Beurteilung des Wiederaufnahmeantrags ist also in erster Instanz immer das Gericht berechtigt, das im Grundprozess vorging, ohne Rücksicht darauf, ob der Wiederaufnahmeantrag gegen das rechtskräftige Urteil des Gerichts erster Instanz oder zweiter Instanz, das auf Grund einer Berufung vorging, gerichtet ist. Eine solche Regelung ist in den anderen sozialistischen Staaten — ausser der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik<sup>40</sup> — nicht bekannt; die albanische, bulgarische und kubanische ZPO erlaubt die Aufhebung eines rechtskräftigen Urteils infolge einer Wiederaufnahme des Verfahrens sogar nur dem Obersten Gericht,<sup>41</sup> wie das auch bei uns zwischen 1954 — 1958 der Fall war. Die Lösung — die theoretisch zweifellos einen Schönheitsfehler der ZPO darstellt — bereitete aber in der Praxis während der vergangenen dreissig Jahre keine besondere Sorge, obwohl in der Rechtsliteratur darauf hingewiesen wurde, dass „die in erster Instanz vorgehenden Richter ein wenig Angst vor dieser Rechtsinstitution haben“.<sup>42</sup> Wenn kein Grund zur Verweisung, zur Zurückgeben zwecks Ergänzung der Mängel oder zur Verwerfung des eingelegten Wiederaufnahmeantrags,



ohne eine Verhandlung zu beraumen, besteht, beraumt das Gericht die Verhandlung. In der Verhandlung prüft das Gericht zuerst die *Zulässigkeit der Wiederaufnahme und dem Ergebnis* der Prüfung entsprechend *weist es den Antrag ab oder verhandelt in der Sache*. Dem Ergebnis der Verhandlung in der Sache und der eventuell vorgenommenen Beweisaufnahme entsprechend

– erhält das Gericht das mit dem Wiederaufnahmeantrag angefochtene Urteil *aufrecht* bzw.

– hebt es das Urteil ganz oder teilweise *auf* und fällt eine den Rechtsvorschriften entsprechende *neue Entscheidung*.

#### IV.

#### Das Verfahren im Zusammenhang mit dem Gesetzlichkeitsprotest

Unter unterschiedlicher Benennung zwar und auch unterschiedlich geregelt, ist dennoch *überall* in den sozialistischen Zivilverfahrensrecht die *Überprüfung rechtskräftiger Gerichtsentscheidungen von Amts wegen* bekannt und geregelt.

In Ungarn ist diese Rechtsinstitution der *Gesetzlichkeitsprotest*, den der *Generalstaatsanwalt* oder der *Präsident des Obersten Gerichtes* gegen in jeglicher Zivilsache gefällte Rechtskraft erlangte Entscheidungen beim Obersten Gericht einlegen kann, wenn die Entscheidung *gesetzverletzend* oder *unbegründet* ist.

Diese Bestimmung des Kreises der zur Einlegung Berechtigten ist der in den anderen sozialistischen Staaten geltenden ähnlich, obwohl auch auf diesem Gebiet besonderer Lösungen zu finden sind. So berechtigt zum Beispiel die chinesische ZPO ausser dem *Präsidenten des Obersten Volksgerichtes* auch die *Vorsitzenden eines jedes Volksgerichtes* dazu, dass sie eine neue Verhandlung des rechtskräftigen Urteils oder Beschlusses der von ihnen geleiteten Gerichte verordnen, wenn diese „ausgesprochen fehlerhaft“ sind.<sup>43</sup> Auch bei uns sind solche Vorschläge bekannt, die das Recht des Präsidenten des Obersten Gerichtes zur Einlegung des Gesetzlichkeitsprotestes abschaffen<sup>44</sup> und diese Befugnis an seiner Stelle dem Justizminister übertragen wollen.<sup>45</sup> Diese letztere Lösung wird allerdings – mit Rücksicht auf die Unabhängigkeit der Gerichte – von anderen Autoren missbilligt.<sup>46</sup> Manchen Meinungen zufolge sollte der Kreis der Berechtigten innerhalb des Apparates der Staatsanwaltschaft wesentlich erweitert werden, dass heisst die Komitatsoberstaatsanwälte, sollten ermächtigt werden, Gesetzlichkeitsproteste bei den Komitatsgerichten einzulegen.<sup>47</sup>

Der Umstand, dass nach der geltenden ungarischen ZPO zur Einlegung des Gesetzlichkeitsprotestes der Generalstaatsanwalt und der Präsident des Obersten Gerichtes berechtigt sind, bedeutet nicht, dass die betroffenen Parteien selbst oder andere Personen beziehungsweise Organe die Einlegung des Protestes nicht anregen dürfen. Diese Anregungen sind *in etwa zehn Prozent* der Fälle erfolgreich.<sup>48</sup> Diese Erfolgsrate und die auf den An-



trag auf Gesetzlichkeitsprotest gegebene, oft bloss ein-oder zweizeilige Antwort ohne Begründung sind unter anderem der Grund für solche Vorschläge, dass – in bestimmten Fällen – die Einlegung des Gesetzlichkeitsprotestes aufgrund des binnen gegebener Frist vorgebrachten *Antrags der Partei* nach Entrichtung einer entsprechend hohen Gebühr *verbindlich gemacht werden soll*,<sup>49</sup> beziehungsweise dass im Falle der Verletzung der materiellen oder Verfahrensrechtsvorschriften die Partei zur Anfechtung der rechtskräftigen Entscheidung mit einem „der Wiederaufnahme des Verfahrens ähnlichen, ausserordentlichen Rechtsmittel“<sup>50</sup> berechtigt werden soll.

Meiner Meinung nach wollen die Vertreter beider Standpunkte im wesentlichen das gleiche Ziel – eine dritte Beurteilung – erreichen, genauso wie der im vorgehenden dargelegte Vorschlag über die Einlegung des Revisionsantrags. Hier verweise ich – um Wiederholungen zu vermeiden – nur auf meine in Zusammenhang mit dem Revisionsantrag ausgeführten Argumente gegen den dritten Rechtszug.

*Die Einlegung des Gesetzlichkeitsprotestes ist nicht an eine Frist gebunden. Die Wirkung einer infolge eines Gesetzlichkeitsprotestes erbrachten Entscheidung erstreckt sich auf die Parteien aber nur in dem Fall, wenn der Generalstaatsanwalt oder der Präsident des Obersten Gerichtes den Gesetzlichkeitsprotest binnen einer Frist eines Jahres vom Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung an, die in dem Verfahren zugrunde liegenden Fall erbracht wurde, vorbringt. In diesem Fall muss die Abschrift des Gesetzlichkeitsprotestes den Parteien zugesandt werden und die Parteien müssen über die Anberaumung zur Verhandlung, sowie darüber informiert werden, dass sie schriftliche Bemerkungen zum Gesetzlichkeitsprotest anbringen, sich in der Sitzung äussern können und dass ihr Fernbleiben das Stattfinden der Verhandlung und die Entscheidungsfällung aber nicht hindert.*

Der Gesetzlichkeitsprotest wird von einem *Dreiersenat aus Berufsrichtern* des Obersten Gerichtes beurteilt. Ein Vertreter des Generalstaatsanwaltes muss zur Sitzung eingeladen werden. Wenn der Gesetzlichkeitsprotest gegen eine Entscheidung des Obersten Gerichtes eingelegt ist, wird er vom *Präsidialsenat* des Obersten Gerichtes beurteilt. An der Sitzung des Präsidialsenats nehmen auch der Generalstaatsanwalt und der Justizminister teil.

*Das Oberste Gericht (der Präsidialsenat) verhandelt die Sache aufgrund des Gesetzlichkeitsprotestes in öffentlicher Sitzung. In der Beurteilung ist das Oberste Gericht an den Rahmen des Gesetzlichkeitsprotestes gebunden.*

Wenn sich die Wirkung der infolge eines Gesetzlichkeitsprotestes getroffenen Entscheidung auf die Parteien nicht erstreckt, entscheidet das Oberste Gericht folgendermassen:

- entweder stellt es fest, dass die angefochtene Entscheidung *gesetzverletzend*, beziehungsweise unbegründet ist,
- oder – wenn es den Gesetzlichkeitsprotest unbegründet findet – *weist ihn mit seiner Entscheidung ab.*



Wenn sich die Wirkung der infolge eines Gesetzlichkeitsprotestes gebrachten Entscheidung auch auf die Parteien erstreckt, können Entscheidungen zweierlei Art gefällt werden:

a) Das Oberste Gericht hebt die angefochtene Entscheidung im Falle der Gesetzwidrigkeit, beziehungsweise Unbegründetheit ganz oder in entsprechendem Teil auf, und erbringt statt ihrer — vorausgesetzt, dass die zur Entscheidung nötigen Tatsachen aufgrund der Akten festgestellt werden können — eine den Rechtsvorschriften entsprechende Entscheidung, ansonsten verweist es aber die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Gericht erster oder zweiter Instanz, das in der Sache voring, zurück.

b) Das Oberste Gericht weist den Gesetzlichkeitsprotest ab, wenn er unbegründet ist, wenn also die angefochtene Entscheidung den Rechtsvorschriften entspricht.

\* \* \*

Durch Zeit und Umfang eingeschränkt hatte ich die Möglichkeit, die durch das sozialistische ungarische Zivilverfahrensrecht geregelten wichtigsten Rechtsinstitutionen, die zur Überprüfung fehlerhafter Gerichtsentscheidungen in Anspruch genommen werden können, und einige diesbezügliche Probleme in Konturen aufzuzeichnen. Ich hoffe aber, dass festzustellen war, dass diese Rechtsinstitutionen genauso wie die durch die Zivilverfahrensrechte der anderen sozialistischen Staaten geregelten im Falle ihrer richtigen Anwendung fähig sind, das durch sie zu realisierende Ziel: den effektiven Rechtsschutz zu gewährleisten.

#### FUSSNOTEN

<sup>1</sup> Diese Ähnlichkeit wird sehr anschaulich in der Studiensammlung präsentiert, die von den vor kurzem verstorbenen Professoren A. Dodrovolski und L. Névai herausgegeben wurde. In diesem Studienband legten (ausser der Studie der Redakteure unter dem Titel „Die Aufgaben des sozialistischen Rechtswesens und die Grundprinzipien der Zivilverfahren der sozialistischen Länder“) folgende Autoren das Zivilverfahren folgender Länder — beschränkt auf die wichtigsten Rechtsinstitutionen — dar: Zs. Staler, Bulgarische Volksrepublik; L. Névai — T. Révai, Ungarische Volksrepublik, H. Kellner — J. Göring — H. Kietz, Deutsche Demokratische Republik, D. Luvsansarav, Mongolische Volksrepublik und M. Sawczuk — E. Wengerek, Polnische Volksrepublik. (Siehe: A. Dobrovolski — L. Névai: Grashdanski proces v socialisticheskih stranah — tschlenah SEV. Band I, Moskau 1977 bzw. Band II, 1978.)

<sup>2</sup> Im 19. und 20. Jahrhundert übte die deutsche Rechtsdogmatik im Zivilprozessrecht nicht nur einen starken Einfluss auf die Rechtssysteme einzelner geographisch naher europäischer Länder aus, sondern zum Beispiel auch das Rechtssystem des fernen Japan und Brasilien. Siehe dazu eingehend unter anderem: T. Mikami: Forschungsvereinigung für deutsches Zivilverfahrensrecht in Japan. Neue Juristische Wochenschrift, Nr. 22, 1983, S. 1245, A. Ishikawa — H. Nagai: The Role of Conciliation as a Means of Dispute Solution Evading Litigation. Keio Law Review, Nr. 3, 1983, S. 38, J. C. B. Moreire: Quelques aspects de la procédure civile brésilienne et de ses rapports avec d'autres systèmes juridiques. Revue internationale de droit comparé, Nr. 4, 1982, S. 1215 — 1224.

<sup>3</sup> Siehe ebenso: G. Brunner: Rechtsprechung und Richterrecht in Ungarn. Osteuropa Recht, 1980 Nr. 1, S. 2.

<sup>4</sup> Siehe diesbezüglich: das Gesetz IV des Jahres 1950 über die Modifizierung der Verfassung der Ungarischen Volksrepublik sowie die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 46 des Jahres 1950 über die Modifizierung der mit der Justizorganisation zusammenhängenden Kompetenz- und Verfahrenshindernisse.



<sup>5</sup> Siehe dazu eingehender: *G. Brunner*: op. cit. S. 6 und 23–24 sowie *J. Németh*: *A polgári perjogunk fejlődése a felszabadulás óta* (Die Entwicklung unseres Zivilprozessrechtes seit der Befreiung). *Magyar Jog*, Nr. 3–4, 1985, S. 289–290.

<sup>6</sup> Siehe ebenso: *L. Névai*: *Egy új polgári perrendtartás koncepciója* (Über die Konzeption einer neuen Zivilprozessordnung). *Magyar Jog*, Nr. 4, 1983, S. 290.

<sup>7</sup> Siehe in Verbindung dazu zum Beispiel: die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 33 des Jahres 1984 über die „Modifizierung einzelner zivilrechtlicher Regeln“, sowie die Verordnung Nr. 4/1985. (IV. 13.) IM über die „Modifizierung der Verordnung Nr. 1/1965. (I. 24.) IM über die Veröffentlichung des Textes der Regeln des Wechselrechtes“.

<sup>8</sup> Siehe den Absatz 1 des § 233 sowie die Absätze 1–2 des § 234 des Gesetzes III des Jahres 1952 über die ungarische Zivilprozessordnung (im weiteren: ungarische ZPO), das am 6. Juni 1952 veröffentlicht und seither bereits dreizehnmal modifiziert wurde.

<sup>9</sup> Siehe den § 201 und den Absatz 1 des § 204 des Gesetzes über das tschechoslowakische Zivilgerichtsverfahren Nr. 99/1963. Sb., welches am 4. Dezember 1963 angenommen wurde (im weiteren: tschechoslowakisches ZVG).

<sup>10</sup> Siehe die §§ 348 und 381 des am 24. Dezember 1976 angenommenen Gesetzes über das jugoslawische Zivilverfahren (im weiteren: jugoslawisches ZVG).

<sup>11</sup> Siehe die §§ 618–619 des am 19. August 1977 angenommenen Gesetzes Nr. 7 über das kubanische Zivil-, Verwaltungs- und Arbeitsrechtsverfahren (im weiteren: kubanisches ZVG).

<sup>12</sup> Siehe die §§ 205–206 und 233–234 des am 29. Juni 1967 angenommenen Gesetzes über das mongolische Zivilverfahren (im weiteren: mongolisches ZVG).

<sup>13</sup> Siehe die §§ 282–284 und 315–316 des am 11. Juni 1964 angenommenen Gesetzes über das Zivilverfahren der RSFSR (im weiteren: ZVG der RSFSR).

<sup>14</sup> Siehe die §§ 299 und 301 des am 12. Februar 1948 angenommenen Gesetzes Nr. 18 über die Modifizierung und Neuherausgabe des rumänischen Zivilverfahrensgesetzbuches (im weiteren: rumänisches ZVG).

<sup>15</sup> Das Adjektiv „gleich“ bedeutet hier nur, dass die Zivilverfahrenskodexe der aufgezählten Staaten zur *Anfechtung des Urteils und des Beschlusses innerhalb ihres eigenen Rechtssystems eine gleiche Frist* gewähren, und nicht, dass diese Fristen in den einzelnen Ländern auch gleich sind, denn zum Beispiel dem § 619 des kubanischen ZVG zufolge beträgt die Berufungsfrist lediglich 5 Tage.

<sup>16</sup> Mit der kleinen Korrektur, dass dem albanischen, mongolischen ZVG und dem ZVG der RSFSR zufolge der Staatsanwalt keine Berufung, sondern einen *Berufungsprotest* einlegt.

<sup>17</sup> Eine solche abweichende Lösung besteht darin, dass die Berufung nur gegen das Urteil in Anspruch genommen werden kann, zur Anfechtung des Beschlusses dient in Albanien die „besondere Berufung“, in Bulgarien, Polen und der DDR dagegen die „Beschwerde“. (Siehe: die §§ 250 und 282 des am 17. März 1958 angenommenen Gesetzes Nr. 2625 über das albanische Zivilverfahren, im weiteren: albanisches ZVG; die §§ 196 und 213 der am 2. Februar 1952 angenommenen Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 56 über das bulgarische Zivilverfahren, im weiteren: bulgarisches ZVG; den Gesetzesartikel 367 und den § 1 des Gesetzesartikels 394 des am 17. November 1964 angenommenen Gesetzes Nr. 296 über das polnische Zivilverfahren, im weiteren: polnisches ZVG; den § 147 und den Absatz 1 des § 158 des am 19. Juni 1975. angenommenen Gesetzes über die Zivilprozessordnung der DDR, im weiteren: ZPO der DDR.)

Ebenfalls abweichend ist die in Albanien, China und Polen zur Geltung kommende Lösung, die zur Anfechtung des fehlerhaften Beschlusses eine kürzere Frist gewährt, als sie zur Anfechtung des Urteils zur Verfügung steht. (Siehe: die §§ 250 und 283 des albanischen ZVG; den § 145 des am 8. März 1982 zur versuchsweisen Anwendung angenommenen Gesetzes über die chinesische Zivilprozessordnung, im weiteren: chinesische ZPO; den § 1 des Gesetzesartikels 371 und den § 2 des Gesetzesartikels 394 des polnischen ZVG.)

<sup>18</sup> Im wesentlichen die gleichen, nicht verbindlichen Inhaltserfordernisse der Berufung werden auch vom tschechoslowakischen (§ 205 Abs. 2), vom jugoslawischen (§ 352) und vom polnischen (Gesetzesartikel 368 Punkt 6) ZVG, sowie von der ZPO der DDR (§ 152 Abs. 1 Punkt 3) geregelt.

<sup>19</sup> Siehe im Zusammenhang damit den Absatz 2 des § 214 des tschechoslowakischen ZVG den § 362 des jugoslawischen ZVG, den § 150 der chinesischen ZPO und den § 1 des Gesetzesartikels 376 des polnischen ZVG.



<sup>20</sup> Siehe genauso: *L. Jaszovszky*: A fellebbezési eljárással kapcsolatban felmerülő gyakorlati problémák (Praktische Probleme des Berufungsverfahrens). Magyar Jog, 1974 Nr. 3, S. 163; *J. Szilbereky*: A polgári eljárás funkciója és hatékonysága (Die Funktionen und die Wirksamkeit des Zivilverfahrens) Budapest 1977, S. 285; *L. Jaszovszky*: Fellebbezés. (Manuskript) Budapest 1984, S. 18; *L. Nagy*: Gondolatok az új polgári eljárási kódexről, különös tekintettel a másodfokú eljárás szabályaira (Gedanken zum neuen Zivilverfahrenskodex, unter besonderer Hinsicht auf die Regeln des Zweitinstanzlichen Verfahrens). (Manuskript) Nyíregyháza 1985, S. 23.

<sup>21</sup> Siehe diesbezüglich: *L. Gáspárdy*: Perjogi kodifikációk – nemzetközi összefüggésben (Unsere prozessrechtliche Kodifikation – in internationalen Zusammenhang). Jogpolitika, 1982 Nr. 3, S. 10; *L. Gáspárdy*: Gondolatok az új Pp koncepciójához (Gedanken zur Konzeption der neuen ZPO). Magyar Jog, 1983 Nr. 6, S. 542; *T. Lábady*: Fellebbezés (Berufung). (Manuskript) Pécs 1984, S. 53; *E. Horváth*: Fellebbezés (Berufung). (Manuskript) Zalaegezug 1984, S. 68; *J. Németh*: Das in der Fussnote 5 angeführte Werk. S. 296 f.

<sup>22</sup> Eine solche Lösung kommt zum Beispiel im österreichischen Zivilverfahrensrecht zur Geltung wo die Parteien auf ähnliche Weise darauf verzichten können, dass das Gericht in ihrer Sache eine öffentliche mündliche Verhandlung hält. Siehe diesbezüglich ausführlicher: *W. H. Rechberger* – *D.-A. Simotta*: Zivilprozessrecht (Erkenntnisverfahren) unter Berücksichtigung des Zivilverfahrens – Novelle 1983. 2. neubearbeitete Auflage, Wien 1983, S. 330.

<sup>23</sup> Siehe bezüglich dieses Vorschlages: *L. Gáspárdy*: A polgári perek tartamának rövidítési lehetőségei törvényhozási módszerekkel (Die Abkürzungsmöglichkeiten der Dauer der Zivilprozesse mit Methoden der Legislative). (Manuskript) Miskolc 1983, S. 9.

<sup>24</sup> Siehe ähnlicherweise den Absatz 2 der §§ 205 und 208 des bulgarischen ZVG, den Absatz 2 des § 213 des tschechoslowakischen ZVG, die §§ 362 und 373 des jugoslawischen ZVG, den § 2 des Gesetzesartikels 385 des polnischen ZVG, sowie den Absatz 2 des § 154 und Absatz 1 des § 156 der ZPO der DDR.

<sup>25</sup> Siehe diesbezüglich ausführlich: *J. Németh*: A perorvoslatok (Die Rechtsmittel). (In: *J. Farkas* – *J. Németh* – *L. Névai* – *J. Szilbereky* – *Gy. Varga* – *I. Vida* (Szerk. *J. Szilbereky*): Polgári eljárásjog (Zivilverfahrensrecht) II. kötet. Budapest 1981.) S. 25 ff.

<sup>26</sup> Siehe ausführlicher bezüglich der die fast reine kassatorische Befugnis der Gerichte zweiter Instanz der RSFSR auch mit revisionistischer Verfahrensmöglichkeit erweiternden neueren Bestimmungen: *A. A. Dobrowolszki* – *Sz. A. Iwanowa*: A Szovjetunió és a szövetségi köztársaságok polgári igazságszolgáltatásának alapjai és a polgári eljárásjogi jogalkotás tökéletesítésének problémái (Die Grundlagen der Zivilgerichtsbarkeit der Sowjetunion und der Unionsrepubliken, sowie die Probleme der Vervollkommen der Gesetzgebung im Bereich des Zivilverfahrensrechtes). Magyar Jog, 1982 Nr. 9, S. 846.

<sup>27</sup> Die ursprünglichen Bestimmungen des bulgarischen ZVG sicherten dem Gericht zweiter Instanz eine kassatorisch-revisionistische Befugnis. (Siehe im Zusammenhang dazu: *O. Stamboliew*: Sabranata sa „reformatio in peius“ i svremeniat bolgarskih grashdanski prozes (Das Verbot der reformatio in peius in bulgarischen Zivilverfahren). Socialistichesko pravo, 1982 Nr. 1, S. 27.) Diese Lösung wurde früher durch das am 4. November 1961 angenommene Gesetz über die Modifizierung des ZVG, letztes durch die am 31. März 1983 ausgegebene Gesetzesverordnung Nr. 1040 über die Einrückung der Änderungen und Ergänzungen des ZVG modifiziert. Als Ergebnis dieser Änderungen konstatierte Prof. *Z. Stalew*, dass „durch die Reform unser Verfahren zu den Lösungen der DDR, der Tschechoslowakei und von Ungarn genähert wird, da sie die kassatorische Befugnis eines Gerichtes zweiter Instanz einschränkt“. (*Z. Stalew*: Reformata na wtoroinstanционото пройсводство по grashdanski gdele (Die Reform des Verfahrens Zweiter Instanz in Zivilsachen) Sozialistichesko pravo, 1983 Nr. 6, S. 4.)

<sup>28</sup> *J. Farkas*: A Polgári eljárás átfogó újrászabályozása (Die umfassende Neuregelung des Zivilverfahrens). Magyar Jog, 1984 Nr. 1, S. 46.

<sup>29</sup> Siehe z.B.: *T. Lábady*: Das in der Fussnote 21 angeführte Werk. S. 24 ff., *E. Horváth*: Das in der Fussnote 21 angeführte Werk. S. 46.

<sup>30</sup> Siehe z.B.: *J. Szilbereky*: Megjegyzések egy készülő törvénytervezet előkészítéséhez (A polgári eljárás újrászabályozása) Bemerkungen zur Vorbereitung eines geplanten Gesetzesentwurfes (Die Neuregelung des Zivilverfahrens) Magyar Jog, 1984 Nr. 4, S. 298 ff., *L. Jaszovszky*: Fellebbezés (Berufung). (Manuskript) Budapest 1984, S. 10 ff., *T. Szabó* – *E. Szabó* – *P. Láng*: A törvényességi óvás. (Der Gesetzlichkeitsprotest). (Manuskript) Budapest 1984, S. 19.



<sup>31</sup> In Ungarn wurden in Jahr 1983 191 422 Zivil-, Wirtschafts- und Arbeitsprozesse abgeschlossen. Von diesen war die Zahl der befugten Sachen 29 518, was 15,42 Prozent bedeutet.

<sup>32</sup> Siehe diesbezüglich die §§ 382 – 400 des jugoslawischen ZVG.

<sup>33</sup> Siehe diesbezüglich z.B.: — — — : Änderungsvorschläge zur ZPO und anderen Gesetzen vorgelegt. Deutsche Richterzeitung, 1983 Nr. 5; G. Schultz: Abschied von der Instanzenlosigkeit – eine Utopie? Monatsschrift für Deutsches Recht, 1983 Nr. 11; — — — : Verfahrensvereinfachung – Abbau des Rechtsstaates? Deutsche Richterzeitung, 1984 Nr. 1; H.-J. Ziege: Die Rechtsmittel im Zivilprozess – Einschränkung oder Erweiterung zur Entlastung der Gerichte? (In: 25 Jahre Bundesrechtsanwaltskammer. München 1984. S. 99 ff.); H. W. Fasching: Prozessreform in Österreich – Reformprobleme der Zivilprozesses. Comparative Law Review, Vol. XVII – 1, 1983.

<sup>34</sup> Die Einzelmotivierung zum XIII. Kapitel des ZPO.

<sup>35</sup> Solche sind z.B.: wenn das Gericht – das das rechtskräftige Urteil gefällt hat – nicht vorschriftsmässig besetzt war, beziehungsweise sich an der Urteilsfällung solch einer Richter beteiligte, dem gegenüber ein Ausschlussgrund bestand.

<sup>36</sup> Die Ausnahmen in dieser Hinsicht sind die albanischen und mongolischen Zivilverfahrensrechte, sowie das Zivilverfahrensrecht der RSFSR.

<sup>37</sup> Siehe so unter anderem: Gy. Schelnitz – K. Zalka: A perújítás egyes időszéri kérdései a polgári eljárásban (Einzelne zeitgemässe Fragen der Wiederaufnahme des Prozesses im Zivilverfahren). Jogtudományi Közlöny, 1967 Nr. 12, S. 661; T. Szabó: A perújítás egyes vitás kérdései a polgári eljárásban (Einzelne strittige Fragen der Wiederaufnahme des Prozesses im Zivilverfahren). Jogtudományi Közlöny, 1969 Nr. 2 – 3, S. 126; J. Németh: Rendkívüli perorvoslatok a magyar polgári eljárásjogban (Ausserordentliche Rechtsmittel im ungarischen Zivilverfahrensrecht). Budapest 1975, S. 183 ff.; L. Gáspárdy: Konceptió-tervezet a Pp 121 – 394. §-ainak átfogó újraszabályozására (Konzeptionsplan zur umfassenden Neuregelung der §§ 121 – 394 der ZPO). (Manuskript) Miskolc 1984, S. 25.

<sup>38</sup> Die subjektive Wiederaufnahmefrist wird durch das albanische, bulgarische, jugoslawische, polnische und rumänische ZVG in einem Monat (beziehungsweise dreissig Tagen), durch das tschechoslowakische, kubanische, mongolische ZVG und das ZVG der RSFSR, sowie die ZPO der DDR, in drei Monaten bestimmt.

<sup>39</sup> Mit Bezugnahme auf die Abkürzung der Dauer des Verfahrens wurden auch schon Anstrengungen auf die Verminderung dieser Frist – die fünfjährige objektive Frist auf drei Jahre, beziehungsweise auf ein Jahr, und die sechsmonatige subjektive Frist auf dreissig Tage – unternommen. Siehe so: L. Gáspárdy: Das in der Fussnote 23 angeführte Werk. S. 47; L. Korpás: Perújítás. (Manuskript) Szolnok 1984, S. 1 f.

<sup>40</sup> Siehe so den Absatz 1 des § 232 und die Absätze 1 – 2 des § 235 des tschechoslowakischen ZVG.

<sup>41</sup> Siehe diesbezüglich: den § 302 des albanischen ZVG, den § 234 des bulgarischen ZVG und den § 645 des kubanischen ZVG.

<sup>42</sup> I. Tési: Alkossunk új polgári perrendtartást! (Schaffen wir eine neue Zivilprozessordnung!). Magyar Jog, 1984 Nr. 12, S. 1066 f.

<sup>43</sup> Siehe den § 157 der chinesischen ZPO.

<sup>44</sup> Siehe so: K. Benedek: Gondolatok a polgári eljárás reformjáról (Gedanken über die Reform des Zivilverfahrens). Magyar Jog, 1984 Nr. 6, S. 509; L. Gáspárdy: Das in der Fussnote 37 angeführte Werk. S. 27.

<sup>45</sup> Siehe diesbezüglich: Gy. Gátos: A polgári eljárásjog újraszabályozása (Die Neuregelung des Zivilprozessrechtes). Magyar Jog, 1983 Nr. 11, S. 1017; L. Nagy: Das in der Fussnote 20 angeführte Werk. S. 27.

<sup>46</sup> Siehe diesbezüglich: T. Szabó – E. Szabó – P. Láng: Das in der Fussnote 30 angeführte Werk. S. 22.

<sup>47</sup> Siehe z.B.: L. Gáspárdy: Das in der Fussnote 37 angeführte Werk. S. 27.

<sup>48</sup> In 1983 wurden 9 287 Anträge auf Gesetzlichkeitsprotest beim Generalstaatsanwalt und beim Präsidenten des Obersten Gerichtes eingereicht. Von diesen wurden in 953 Fällen Gesetzlichkeitsproteste eingelegt, was 10,26 Prozent bedeutet (nicht ganz 0,5 Prozent der Prozessverfahren). Siehe bezüglich der Einzelheiten der Daten: J. Szilbereky: Das in der Fussnote 30 angeführte Werk. S. 299.

<sup>49</sup> Siehe so: L. Gáspárdy: Das in der Fussnote 37 angeführte Werk. S. 27.

<sup>50</sup> Siehe diesbezüglich: K. Benedek: Das in der Fussnote 39 angeführte Werk. S. 508.



**MAIN THEORETICAL AND PRACTICAL PROBLEMS OF LEGAL  
REDRESS SYSTEM IN HUNGARY**

**DR. JÁNOS NÉMETH**

lecturer

Head of Procedural Law Department  
Eötvös Lóránd University Budapest

(Résumé)

- I. The aim and main forms of the incorrect judicial decisions revision
- II. Appellate procedure
- III. Revision of judgement procedure
- IV. Procedure connected with the protest on legal grounds

**ГЛАВНЫЕ ТЕОРЕТИЧЕСКИЕ И ПРАКТИЧЕСКИЕ ПРОБЛЕМЫ  
В СИСТЕМЕ ПЕРЕСМОТРА ПРИГОВОРА В ВЕНГРИИ**

**ДОКТОР ЯНОШ НЕМЕТ**

доцент Будапештского Университета

им. Лоранда Етвеща

зав. кафедрой Гражданского процессуального права

РЕЗЮМЕ

- I. Цель и главные формы пересмотра ошибочных судебных решений.
- II. Апелляционный процесс.
- III. Процесс по возобновлению дела.
- IV. Процесс связанный с законным протестом.